

7. Bezirk – Neubau

Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen 2023



zur Bezirksvertretungssitzung am 23.03.2023 gemäß § 24 GO-BVb wird folgende Resolution gestellt

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, Maßnahmen zu setzen, um den motorisierten Individualverkehr so zu reduzieren, dass Neubau mittelfristig ein autofreier Bezirk – mit Ausnahme von essenziellem Verkehr - wird.

Begründung

Unser kleiner, aber feiner Bezirk bietet sich optimal dafür an, als Vorzeigebispiel die Stadt der kurzen Wege vorzuleben. Hier wohnen viele Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen, jedoch eint sie, dass sie zum allergrößten Teil andere Fortbewegungsmittel als Autos nutzen. So nutzen ca. 84 % der Verkehrsteilnehmer*innen in Mariahilf und Neubau klimafreundliche Verkehrsmittel. Dennoch stehen fast 60 % der Straßenflächen im Bezirk für die lediglich 16 % Autoverkehr zur Verfügung.

Mit einem dichten Angebot an Schulen und Kindergärten, Gesundheitsversorgung, Arbeitsstätten, Einkaufsmöglichkeiten, Kunst- und Kulturangeboten usw. können die meisten Erledigungen direkt im Bezirk erledigt werden. Das bestehende Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln sowie Geh- und Radinfrastruktur kann dahingehend ausgebaut werden, dass der Anteil des Autoverkehrs auf das absolute Minimum gesenkt wird. Die dadurch freiwerdenden Flächen können zur Abwehr der Folgen der Klimakrise genutzt werden und der Öffentlichkeit zurückgegeben werden.

Insektenhotels für Neubauer Hotels

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.03.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen werden ersucht, die Schaffung von Förderungen für die Errichtung von Insektenhotels an Beherbergungsbetrieben sowie begleitende Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und mögliche Kooperationen zu prüfen.

Begründung

Insekten sind ein essenzieller Baustein der des Ökosystems und unverzichtbar für Biodiversität: Ihre Aufgaben reichen von der Bestäubung von Blüten über die Zerkleinerung und kreislaufgerechte „Entsorgung“ von Blättern bis hin zu ihrer Rolle im Futterkreislauf der Natur. Insekten sind Nahrung für zahlreiche andere Tiere wie Vögel oder Kleinsäuger vom Igel bis zur Fledermaus und somit unverzichtbar für den Kreislauf der Natur.

Gleichzeitig nimmt die Zahl der Insekten stetig ab: Bodenversiegelung (Verlust von Lebensraum), Pestizide, Klimakrise, Lichtverschmutzung und ein Verlust von Nistmöglichkeiten erschweren den Fortbestand von Insekten – insbesondere in dicht verbauten Gebieten.

Große Flächen sind in den inneren Bezirken bzw. am Neubau vor allem in Form von vertikalen Flächen (Fassaden) und Dachflächen zu finden. Von allen wesentlichen Gewerben in den Inneren Bezirken weisen dabei Hotels naturgemäß die größten einzelnen Fassaden- und Dachflächen auf.

Insektenhotels auf Hotels zu fördern ist ein einfach umzusetzender Beitrag, um die Gebäude der Beherbergungsbetriebe neben der Beherberung von Tourist:innen auch als Unterkunft für Insekten im dicht verbauten Gebiet zu nutzen. Durch das Einbeziehen von verschiedensten Kooperationspartner*innen von beispielsweise Naturschutzorganisationen, prominenten Pat:innen oder Wien Tourismus kann eine beispielgebende Breitenwirksamkeit erreicht werden.

Artenschutz in die Bauordnungsnovelle

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.03.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Neubau spricht sich dafür aus, dem Artenschutz in der bevorstehenden Bauordnungsnovelle besondere Bedeutung einzuräumen und nach Prüfung durch die zuständigen Abteilungen den Einbau von Nisthilfen bei Neu-, Aus- und Umbauten vorzuschreiben.

Begründung

Der Schutz der Artenvielfalt ist eine der wichtigsten Aufgaben nachhaltiger Stadtentwicklung. Wien ist Heimat zahlreicher Wildtierarten, für die auch Gebäudefassaden von entscheidender Bedeutung sind. Durch die Verdichtung der Stadt mittels Dachausbauten und Neubauten verlieren sie jedoch zunehmend ihre Nistplätze und Brutmöglichkeiten. Durch Dachbodenausbauten und Haussanierungen verschwinden die bisherigen Nistplätze, auch Baugerüste versperren den Zugang zu den Brutplätzen.

Um der Verantwortung für die biologische Vielfalt und den Artenschutz gerecht zu werden, soll diesen Aspekten in der bevorstehenden Bauordnungsnovelle besondere Bedeutung eingeräumt werden. So könnte bei Neu-, Aus- und Umbauten der Einbau von Bienen-, Fledermaus- und Vogelziegeln nach entsprechender Überprüfung durch die zuständigen Magistratsabteilungen vorgeschrieben werden, um den geschützten in Wien lebenden Arten wie etwa den Mauerseglern, Fledermäusen, Mehlschwalben, Turmfalken, Haussperlingen und Wildbienen Nisthilfen zu geben.



Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der SPÖ Neubau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.03.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Neubau spricht sich für eine Mietpreisbremse aus, sodass Mieten nur noch um maximal 2% jährlich erhöht werden dürfen.

Begründung

Hohe Mieten sind nicht in Stein gemeißelt und Österreichs Mieter*innen steht die nächste massive Belastungswelle bevor. Im April werden die Richtwertmieten um weitere 8,6% Prozent erhöht. Im Juli werden die Kategoriemieten zum 4. Mal binnen 14 Monaten um mindestens 5% erhöht. Mieten am freien Markt können mit Steigerungen um 10% rechnen. Die Anzahl der Menschen die ihre Miete nicht zahlen können und der damit drohende Wohnungsverlust befinden sich im Steigen.

Die steigenden Mieten machen sich jedoch nicht nur bei den Mieter*innen bemerkbar, sondern treiben auch den Verbraucherpreisindex, an den die meisten Mietzinse gekoppelt sind, nach oben. Die Teuerungsspirale muss zur Entlastung aller gestoppt werden. Den wenn man möchte, dass die Inflation sinkt, dann dürfen auch Preise und Mieten nicht um ein Vielfaches dieses Wertes steigen. Dass dies möglich ist, haben uns einige europäische Länder bereits vorgemacht. So haben z.B. Schottland (0%), Portugal und Spanien (2%), Frankreich (3,5%), Dänemark (4%), die Schweiz und Niederlande die Mieterhöhungen begrenzt.

Steigende Mieten sind kein Naturgesetz. Die Immobilienbranche casht ab und nimmt immer mehr ein, während hunderttausenden Mieter*innen dagegen schon wieder die nächste Teuerung droht. Leistbares Wohnen ist aber ein Grundrecht. Das gilt umso mehr in der Krise.



Die neue
Volkspartei
Neubau

NEOS

Freiheit
Fortschritt
Gerechtigkeit



Das grüne Band – Artenvielfalt im Parkverbund

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von GRÜNE, SPÖ, ÖVP, NEOS und LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 22.06.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden gebeten, die klimafitte und artengerechte Planung und Errichtung eines Parkverbunds „grünes Band“ im Gebiet Andreasark, Andreasgasse, Richtergerasse, Andlgerasse, Lindengerasse (Abschnitt Andreasgasse bis Zieglergerasse), Jenny Steiner Weg, Ahornergerasse, Seidengerasse (Hermanngerasse bis Zieglergerasse) sowie die gesamte Bandgerasse zu veranlassen – mit breiter Bürger:innenbeteiligung, zielgerichteter Information und unter entsprechender Berücksichtigung der Zielsetzungen der im Bezirksparlament verabschiedeten Beschlüsse zu Genderbudgeting und Entwicklungsplan Öffentlicher Raum.

Ein Ziel ist die Erhöhung der Aufenthaltsqualität für Mensch und Tier. Dabei sollen Bedürfnisse aller Mobilitätsteilnehmer:innen (inkl. Kfz) in der Planung berücksichtigt werden. Ein besonderes Augenmerk wird auch auf den Lieferverkehr, Anrainer:innen und die anliegenden Unternehmer:innen gelegt.

Begründung

Grüne Flächen, Bäume und Bepflanzungen sowie entsiegelte Böden helfen zum einen der Bevölkerung, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen und wirken sich positiv auf die Gesundheit der Menschen aus und fördern zum anderen die für uns unverzichtbare Biodiversität. Neubau zählt zu den Bezirken mit den geringsten öffentlichen Grünflächen Wiens, daher ist es besonders im Sinne des Wohlbefindens der Bezirksbewohner:innen, alle Erweiterungspotenziale zur Verbesserung der Grünraumsituation zu nutzen.

Durch einen Parkverbund, ein „grünes Band“, soll im oben angeführten Gebiet ein schattiger, grüner, verkehrssicherer Zusammenschluss der bestehenden Parks und Freiflächen Andreasark, Grünanlage Jenny Steiner Weg, Dorothea Neff Park, Marianne-Fritz-Park und

Karl-Farkas-Park geschaffen werden. Dieses grüne Band dient den Neubauer:innen einerseits als Erholungsgebiet und leistet als durchgängiger Lebensraum mit Unterschlupfen und Nahrungsangeboten für vielfältige Vögel, Insekten und kleine Säugetiere zugleich einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der Artenvielfalt und der biodiversen Stadtplanung. Andererseits soll über den Ausbau der verkehrsberuhigten Bereiche viele Flächen geschaffen werden, die für den Aufenthalt im Freien genutzt werden könnten. Die gefahrlose und sorglose Fortbewegung (unter anderem für Kinder!) zwischen den Parks wird ermöglicht.

Die Initiative für den Parkverbund ging unter anderem im Rahmen der lokalen Agenda Neubau von Anwohner:innen aus. So soll auch die weitere Planung unter breiter und transparenter Bürger:innenbeteiligung stattfinden. Zudem soll im Rahmen des Projekts „Parkverbund – Das grüne Band“ der Beschluss für Genderbudgeting, dessen Prozess bereits unter Beteiligung aller Bezirksparlamentsparteien läuft, realisiert werden.



Biodiverse Stadtplanung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 22.06.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden ersucht, Kriterien für „biodiverse Planung“ zur gezielten Förderung der Artenvielfalt durch Gestaltung im Öffentlichen Raum zu erarbeiten und diese im Rahmen eines Pilotprojektes am Neubau zu implementieren.

Begründung

Städten und Bezirken kommt beim Erhalt der Biodiversität eine ganz besondere Bedeutung zu. Denn der urbane Raum kann mit kleinteiligen und vielfältigen Strukturen oft mehr Lebensraum für Insekten, Tier- und Pflanzenarten bieten, als das im häufig intensiv industriell landwirtschaftlich genutzten Umland der Fall ist. Gesunde Ökosysteme, in denen Artenvielfalt herrscht, sind überlebenswichtig. Sie speichern Treibhausgase und mildern dadurch die Folgen der Klimakrise, aber die globale Erhitzung verändert die Lebensbedingungen und das Zusammenleben von Pflanzen und Tieren enorm schnell. In Österreich hat die Erhöhung der Durchschnittstemperatur bereits die 1,5 Grad Marke überschritten. Viele Arten können bei diesem Tempo nicht mithalten. Deshalb ist es von enormer Bedeutung, aktive Schritte zu setzen, die nachhaltig den Erhalt der Artenvielfalt in der Stadt stärken und Biodiversität als Planungsprämisse bei der Gestaltung des öffentlichen Raums zu verankern. Dazu soll das fundierte Know-How der städtischen Fachstellen in einem Kriterienkatalog gebündelt werden und in weiterer Folge in konkreten Maßnahmen im Rahmen eines Pilotprojektes am Neubau umgesetzt werden – besonders bietet sich hierfür das Projekt „Das Grüne Band“ an. In diesem Prozess sollten die Expertise zivilgesellschaftlicher Organisationen und Erkenntnisse der Wissenschaft einfließen sowie eine Evaluierung nach 5 Jahren durchgeführt werden.



Blühwiesen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 22.06.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen werden ersucht, ausgewiesene Experimentierflächen für wilde Blühwiesen einzurichten.

Begründung

Blühwiesen bieten Erholungsräume für gefährdete Arten und dienen als Rettungsinseln. Je artenreicher die Blühwiese – also je grösser die Vielfalt an heimischen Blühpflanzen, Wildkräutern und Gräsern – desto mehr unterschiedliche Insektenarten finden dort eine Heimat. Die Wiener Stadtgärten wählen in ihren Staudenmischungen für Baumscheiben bereits unter anderem bienenfreundliche Pflanzen. Darüber hinausgehend soll auf Experimentierflächen – etwa im Zuge des Projekts „Das Grüne Band“ – unter wissenschaftlicher Begleitung geprüft werden, ob und in welchem Maß wilde Blühwiesen im urbanen Raum einen noch effektiveren Beitrag zur Förderung der Biodiversität leisten können. Diese Experimentierflächen sollen zudem mit Informationen ausgestattet werden, um so auch das Bewusstsein für die Bedeutung von Artenvielfalt zu stärken.

Die Wiener Volkspartei

Neubau

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am 22. Juni 2023 folgenden

Antrag

Ersatzverkehr für die U-Bahnlinie U2

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, die Wiener Linien dazu aufzufordern, einen direkten Ersatzverkehr auf der Zweierlinie einzurichten, da die Sperre der U2 aufgrund bautechnischer Verzögerungen verlängert wird. Es soll ein eigener Busersatzverkehr geschaffen werden, der gleichzeitig mit einer Variante zur Wiedereinführung der ursprünglichen Route des 2A gekoppelt werden soll.

Begründung

Die jahrelange Sperre der U2 zwischen Schottengasse und Karlsplatz stellt eine Verschlechterung der öffentlichen Mobilität vieler Bezirksbürgerinnen und Bezirksbürger dar. Die schon im Vorfeld eingetretenen Befürchtungen einer Verschlechterung der öffentlichen Verkehrsanbindung des Bezirks durch diese Sperre einer ihrer Hauptachsen des öffentlichen Verkehrs wurden von den Verantwortlichen vom Tisch gewischt. Vorschläge den 2A oder/und eine Busersatzlinie zu schaffen, wurden ebenfalls unter anderem mit dem Hinweis abgelehnt, dass diese Sperre ja nur temporär bis zum Jahr 2023 erfolgen werde. Nun wurde diese Sperre in das Jahr 2024 verlängert, sodass die Betroffenen noch länger auf eine Wiederbenutzung der so wichtigen Tangentialverbindung der U2 warten müssen. Im Sinne der Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs im Bezirk und die damit wünschenswerten Klimaschutzeffekte ist es daher dringend erforderlich, eine Ersatzlösung für die nunmehr länger als erwartet gesperrte U2 zu schaffen.

Antrag betreffend Integration von Transporträdern ins WienMobil-Leihradsystem

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 22.06.2023 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Ulli Sima und der Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke Peter Hanke als Eigentümervertreter der Wiener Linien sowie gegebenenfalls weitere zuständige Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob im 7. Wiener Gemeindebezirk Neubau ein Pilotversuch zur Integration von Cargobikes/Transporträdern in die Flotte der WienMobil-Bikes möglich ist.

Begründung:

Viele Alltagsradfahrer:innen im Bezirk greifen für kleinere Transportfahrten auf das Auto zurück und sorgen somit für zusätzlichen innerstädtischen Autoverkehr. Viele dieser kleineren Transportfahrten könnten durch frei verfügbare Transporträder mit mittlerer Ladekapazität eingespart werden. Gerade auf kurzen Strecken könnte so in den innerstädtischen Bezirken ein Teil des Autoverkehrs auf die umweltfreundliche Radmobilität verlagert werden.

Die Stadt Mannheim hat in Zusammenarbeit mit dem Stadtrad-Verleiher Next bereits Cargobikes in die dortige städtische Leihradflotte integriert. Da das WienMobil-Leihradsystem auf dem System desselben Anbieters basiert, könnte Wien das auch ausprobieren.

Daher schlagen wir vor, Neubau und räumlich nahe Bezirke wie Mariahilf, Wieden und Margareten als Pilotbezirk für die Integration von Transporträdern in die städtische Leihradflotte von WienMobil auszuwählen und den Fuhrpark durch Cargo-Räder mit mittlerer Transportkapazität zu ergänzen.

Anhang:

<https://www.cargobike.jetzt/nextbikes-startet-lastenrad-sharing-in-mannheim/>



**Die Wiener
Volkspartei**
Neubau

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen der SPÖ und der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 07.09.2023 gemäß §104 WStV. folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, durch welche Wasserquelle die 3 Zisternen am Siebensternplatz gespeist werden.

Begründung

Dieses Jahr feiert Wien 150 Jahre Wiener Hochquellwasserleitung und Wasser gewinnt in Zeiten des Klimawandels zunehmend an Bedeutung.

In den 3 Zisternen am Siebensternplatz befindet sich klares Wasser, dessen Quelle bis jetzt nicht geklärt werden konnte. Die Wiener Feuerwehr hat vor Jahren das Wasser aus einem Becken abgepumpt und stellte fest, dass das Becken nach kurzem wieder mit frischem, klarem Wasser gefüllt war. Es gibt wissenschaftliche Hinweise auf die Albertinische Wasserleitung, die am Siebensternplatz einen Verteiler hatte, sodass eine Leitung über den Spittelberg (bei der Ulrichskirche) in den 8. Bezirk und die andere weiter zur Laimgrube führte.

Angesichts der Bedeutung von Wasser in Zeiten des Klimawandels sollte geklärt werden, woher es kommt und wohin es fließt, um es eventuell nutzen zu können bzw. nicht versickern zu lassen.

Überlegenswert ist in diesem Zusammenhang, nach Beendigung des U-Bahn-Ausbaus im Zuge der Neugestaltung des Siebensternplatzes das unterirdische Wasser sichtbar zu machen (2 Zisternen sind derzeit mit Wassersymbolen gekennzeichnet), etwa durch einen Brunnen oder andere Einrichtungen. Das würde auch gegen die zunehmende Hitze im Sommer erfrischend und kühlend wirken.

Sollten tatsächlich Reste der Albertinische Wasserleitung die Quelle sein, könnte dies durch eine Info-Tafel für die Bevölkerung sichtbar gemacht werden.

Antrag betreffend hundesichere Begrünung

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 07.09.2023 gemäß § 24 Abs 1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, die auf den Grünflächen im 7. Bezirk gesetzten Pflanzenarten auf ihre Sicherheit Hunden gegenüber- dabei insbesondere auf Grannen - zu prüfen, und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Grünflächen auch für die vierbeinigen Bewohner:innen des Bezirks sicher zu gestalten.

Begründung:

Grannen sind Bestandteile einiger Gräserarten, die sich aufgrund ihres Widerhakens leicht in Fell, Haut, Pfoten, Nase oder Augen von Hunden bohren und erhebliche Verletzungen bei den Tieren verursachen können. Das hat nicht nur kostspielige Tierarztbesuche für die Besitzer:innen zur Folge, sondern kann vor allem für die Vierbeiner selbst lebensgefährlich werden: Die durch Grannen verursachten Verletzungen können Abszesse verursachen, die Augen der Tiere schädigen oder, wenn nicht umgehend bemerkt, auch in tiefere Gewebe eindringen und dort weiteren Schaden anrichten.

In wenig bewohnten, grünen Regionen ist die Aufmerksamkeit der Hundebesitzer:innen entsprechend erhöht, am dicht bebauten Neubau hingegen ist nicht von vornherein mit Grannen in der Umgebung zu rechnen. Damit auch unsere vierbeinigen Bewohner:innen sicher durch die Neubauer Straßen spazieren können, ist eine entsprechende Prüfung und Substituierung etwaiger gefährdender Pflanzen durch sichere Alternativen erstrebenswert.

Antrag betreffend Begrünung von Wartehäuschen

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 07.09.2023 gemäß § 24 Abs 1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, die Begrünung von Wartehäuschen der Wiener Linien/Gewista im 7. Bezirk zu prüfen und an geeigneten Standorten umzusetzen.

Begründung:

Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Klimakrise sind vor allem im dichtverbauten städtischen Gebiet dringend notwendig. Neubau gehört zu den am dichtesten verbauten Bezirken Wiens – nur 2% der Gesamtfläche entfallen auf Grünflächen. Dabei sind flächendeckende Begrünungen ein wichtiges Mittel, um Städte abzukühlen, das Mikroklima zu verbessern und Hitzeinseln zu entschärfen: Pflanzen in der Stadt verbessern das Stadtklima und mildern sommerliche Hochttemperaturen.

Gerade im 7. Bezirk, wo ein hoher Anteil an versiegelten Flächen vorherrscht und an heißen Tagen eine Hitzeinsel entsteht, wäre eine Begrünung von Wartehäuschen an den Bus- und Straßenbahnhaltestellen daher ein einfaches Mittel, um für ein besseres Mikroklima zu sorgen.



Solidarität mit Klimaaktivist*innen

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Neubau am 6. September 2023 gemäß § 104 WStv den folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Neubau spricht Klimaaktivist*innen ihre Solidarität aus und stellt sich entschieden gegen eine Kriminalisierung gewaltfreier Proteste.

Begründung

Die vom Menschen verursachte Klimakrise und ihre Auswirkungen auf Umwelt, Mensch und Tier sind real und dramatisch. Die Klimakrise verursacht extreme Wetterereignisse mit katastrophalen Folgen und einen konstanten Anstieg der Durchschnittstemperatur. Dadurch werden die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt weltweit massiv beeinträchtigt sowie unsere Lebensgrundlagen zunehmend gefährdet. Es bedarf umfassender politischer Anstrengungen auf allen Ebenen um das zentrale Ziel des Übereinkommens von Paris, nämlich die globale Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen, zu erreichen und die Auswirkungen der Klimakrise einzudämmen. Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft kämpften seit Jahrzehnten für politische Schritte, welche der Dringlichkeit des Anliegens angemessen sind – bisher bedauerlicher Weise mit mäßigem Erfolg. Mittels verschiedener gewaltloser Protestformen sorgen sie für die notwendige mediale und politische Aufmerksamkeit für das Thema. Der Staat darf diese Akteure nicht kriminalisieren und durch Bestrafung mundtot machen. Viele mehr sollten sich alle politischen Kräfte geeint zeigen in einem gemeinsamen Kampf zur Eindämmung des menschengemachten Klimawandels und sich mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die dasselbe Ziel verfolgen, solidarisieren.

Öffentlicher Raum ist für alle da

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 07.09.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Neubau hält daran fest, dass der öffentliche Raum für alle da ist.

Wir streben eine Gestaltung und Nutzungsmöglichkeit des Öffentlichen Raums an, die ihn allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zugänglich macht. Zugang zum öffentlichen Raum bedeutet Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe, eines der Grundbedürfnisse von uns Menschen. Am Neubau soll niemand zurückgelassen und von diesem Grundbedürfnis ausgeschlossen werden.

Obdach- und wohnungslose Menschen sind eine der am stärksten von gesellschaftlichem Ausschluss betroffenen Bevölkerungsgruppen. Anstatt mit Hilfe wurde ihnen gerade in den letzten Wochen in Wien vermehrt mit Hass, Ausgrenzung und zum Teil sogar tödlicher Gewalt begegnet.

Für die Bezirksvertretung Neubau ist klar: Wir bekämpfen die Obdachlosigkeit, nicht die Obdachlosen. Wir bekämpfen die Armut, nicht die Armen. Unsere Solidarität gilt jenen, die sich gezwungen sehen, unseren öffentlichen Raum als Schlafplatz zu nutzen. Dazu gehört, dass ein Mittagsschlaferl für niemanden eine kritisierbare oder gar strafbare Handlung darstellen darf. Obdachlosigkeit ist keine Straftat und keine Ordnungswidrigkeit – der öffentliche Raum gehört allen. Dazu gehört, dass es professionelle Angebote hinsichtlich Beratung und Aufenthalt zu Tages- und Nachtszeit für wohnungslose Menschen geben muss. Und dazu gehört, dass es langfristige Maßnahmen braucht, um allen wohnungslosen Menschen eine Chance zu geben, wieder selbstständig in den eigenen vier Wänden das eigene Leben in die Hand zu nehmen.

Als Bezirksvertretung Neubau unterstützen wir die Angebote der Wiener Wohnungslosenhilfe und setzen uns für ihren Ausbau und ihre Verbesserung insbesondere für die Zielgruppe nicht-anspruchsberechtigter EU-Bürger*innen ein. Als Bezirksvertretung Neubau distanzieren wir uns deutlich von all jenen, die hier aus Sozialpolitik Ordnungspolitik machen wollen.

Unser Ziel muss sein, langfristige und strukturelle Lösungen wie ‚Housing First‘ weiter voranzutreiben, um Wohnungslosigkeit dauerhaft zu beenden. Der Schlüssel dazu ist ein Wohnungsmarkt, der inklusiv ist und für all jene leistbare Wohnungen anbietet, die sie brauchen.

Weiterhin fordern wir die Stadt Wien, die Bundesregierung und den Europäischen Rat auf, auf europäischer Ebene einen Sozialausgleich zu schaffen, um obdach- und wohnungslosen Menschen würdevolle und nachhaltige Unterstützung zu bieten.



Tempo 30 für höhere Lebensqualität und Verkehrssicherheit am Neubau

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der GRÜNEN, NEOS und LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 07.09.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Wien werden ersucht, die flächendeckende Einführung von Tempo 30 für alle Straßen am Neubau zu prüfen und umzusetzen. Zusätzlich sollen Begleitmaßnahmen den öffentlichen Verkehr beschleunigen.

Begründung

Bei Tempo 30 statt Tempo 50 sinkt das Risiko tödlicher Verletzungen bei Zusammenstößen mit Gehenden um 75 Prozent. Das spiegelt sich auch in der Unfallstatistik von Städten wider, die Tempo 30 zum Standard gemacht haben. In Brüssel ging die Anzahl der Verkehrstoten im Jahr 2021 um 55 Prozent und jene der Schwerverletzten um 22 Prozent zurück, nachdem ab Jänner Tempo 30 zum Standard wurde.

Ein Drittel der Bevölkerung in Österreich fühlt sich vom Lärm belästigt, 40 Prozent davon durch Kfz-Verkehr. Aus Sicht der öffentlichen Gesundheitsvorsorge ist Verkehrslärm nach Feinstaub der zweitgrößte quantifizierbare Umweltfaktor. Lärm beeinträchtigt sowohl Gesundheit als auch Wohlbefinden. Messungen zeigen, dass sich der Dauerschallpegel bei Tempo 30 statt 50 um ein bis vier Dezibel reduziert – was das menschliche Ohr wie eine Halbierung der Verkehrsmenge wahrnimmt. Ab etwa 30 km/h ist das Rollgeräusch lauter als der Antrieb. Elektro-Fahrzeuge können somit ihren Lärmvorteil bei Tempo 30 ausspielen, nicht aber bei höheren Geschwindigkeiten.

Die Klimakrise ist die größte gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Der Verkehr ist dabei das größte Sorgenkind – ein „weiter wie bisher“ keine Option. Tempo 30 leistet dabei

durch einen gleichmäßigeren Verkehrsfluss, die Aufwertung des öffentlichen Raums und die Attraktivierung bewegungsaktiver Mobilität einen unverzichtbaren Beitrag. Während Analysen von Einzelfahrzeugen unter Laborbedingungen bezüglich Luftqualität und Schadstoffausstoß zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, zeigen empirische Untersuchungen in der Praxis eine Abnahme der Luftschadstoffbelastung nach Einführung von Tempo 30, wobei vor allem ein gleichmäßigerer Verkehrsfluss eine Rolle spielt.

Neben der generellen Attraktivierung von Gehen und Radfahren durch Verkehrsberuhigung kommt für Städte und Gemeinden ein gewichtiges Kostenargument hinzu: in Tempo 30-Zonen können Radfahrende je nach Verkehrsaufwand im Mischverkehr mitfahren, bei Tempo 50 sind gemäß offiziellen Richtlinien meist baulich getrennte Radwege vorgesehen. Durch die zunehmende Urbanisierung nimmt auch die Nutzungskonkurrenz um öffentliche Flächen zu. Tempo 30 schafft Spielraum für eine Umgestaltung des öffentlichen Raums ohne die Straßenkapazität einzuschränken, da die Fahrbahnbreite bei niedrigerem Tempo reduziert werden kann – etwa für mehr Begrünung, um das zunehmende Gesundheitsproblem urbaner Hitzeinseln zu bekämpfen.

Tempo 30 verbessert die lokale Lebens- und Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums. Ein guter Indikator dafür sind Kinder. Eine Untersuchung aus Deutschland zeigt, dass Kinder in verkehrsberuhigten Tempo 30-Zonen durchschnittlich mehr als doppelt so lange ohne elterliche Aufsicht im Wohnumfeld draußen spielen, als in einer Straße mit Durchzugsverkehr und Tempo 50. Zudem ist Tempo 30 eine wichtige Maßnahme zur Förderung selbständiger und bewegungsaktiver Mobilität von Kindern – die oft mit der Begründung „zu gefährlich“ unterbunden wird.

Die Umsetzung von Tempo 30 ist gut mit dem Öffentlichen Verkehr vereinbar. Die Umsetzung von Tempo 30 kann die Fahrzeit zwar geringfügig um etwa 15 Sekunden pro Kilometer erhöhen, durch einen gleichmäßigeren Verkehrsfluss ergeben sich jedoch auch Vorteile bei Planbarkeit und Verkehrssicherheit. Durch begleitende Maßnahmen wie Bevorrangungen, eigene Spuren oder vorgezogene Haltestellen kann die Situation für den Öffentlichen Verkehr weiter verbessert werden.



Die neue
Volkspartei
Neubau

NEOS

Freiheit
Fortschritt
Gerechtigkeit



Weihnachtsmarkt am Spittelberg

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 07.09.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Wien werden ersucht, die im Positionspapier der Bezirksvertretung Neubau zum Weihnachtsmarkt am Spittelberg beschriebenen politischen Position zu Qualitätskriterien und Rahmenbedingungen bei zukünftigen Anträgen zum Weihnachtsmarkt am Spittelberg zu berücksichtigen.

Begründung

Der Weihnachtsmarkt am Spittelberg besteht seit über 30 Jahren und wird alljährlich in den Gassen des historischen Häuserensembles zwischen Burggasse, Siebensterngasse, Stiftgasse und Gutenberggasse abgehalten. Er macht den Besucher*innen viel Freude, für die Anrainer*innen ist der Weihnachtstrubel jedoch immer auch eine Herausforderung, insbesondere wegen Lärm, Platznot und Verunreinigungen.

In den letzten Jahren haben sowohl der Verein Forum Spittelberg als Organisator des Weihnachtsmarktes als auch die Bezirkspolitik darauf reagiert. Die Anzahl der Marktstände wurde reduziert, die direkte Kommunikation mit den Anrainer*innen und den umliegenden Lokalen und Geschäften aktiv gesucht und ein Ombudsmann eingesetzt. Diese Maßnahmen haben bereits zu einer deutlichen Verbesserung der Situation geführt.

Die politischen Vertreter*innen von Neubau haben sich nun zur Aufgabe gemacht, über einzelne Maßnahmen hinausgehende Rahmenbedingungen festzulegen, damit in den nächsten Jahren sowohl der Aufbau, die Abhaltung des Marktes selbst sowie der Abbau des Weihnachtsmarktes am Spittelberg in geregelter Form vonstatten gehen. Das Festlegen von Qualitätskriterien und der Kommunikation mit der umliegenden Nachbarschaft sollen dazu führen, dass der Spittelberger Weihnachtsmarkt künftig noch mehr Akzeptanz innerhalb der Bewohnerschaft erhält.

Geleitet von diesem Anspruch nach Akzeptanz eines Weihnachtsmarktes mit Tradition haben die Neubauer Bezirksrät*innen der GRÜNEN, SPÖ, ÖVP, NEOS und LINKS in einem gemeinsamen Prozess dieses Positionspapier erarbeitet. In mehreren aufeinanderfolgenden Sitzungen wurde über Rahmenbedingungen und Qualitätskriterien des Weihnachtsmarktes mit unterschiedlichen Stakeholder*innen diskutiert und basierend auf den erhaltenen Informationen wichtige Eckpunkte festgelegt.

Eingeladen waren: die MA 59 - Marktamt, die MA 48 - Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark, die Landespolizeidirektion Wien - Gemeinsam Sicher, die Stadt Wien Marketing GmbH zur Veranschaulichung grundsätzlicher Organisation und Kriterien für einen Weihnachtsmarkt sowie der Verein Forum Spittelberg als Organisator des Weihnachtsmarktes.

In einem konsensualen Prozess kam es nun zu jenen Ergebnissen, die ab dem Zeitpunkt des Beschlusses in der Neubauer Bezirksvertretung eine verbindliche Abmachung zwischen Bezirk und Organisator darstellen sollen.

Anlage: Positionspapier der Bezirksvertretung Neubau zum Weihnachtsmarkt am Spittelberg

Antrag betreffend taktile Leitsysteme im Bezirk

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 14.12.2023 gemäß § 24 Abs 1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht sicherzustellen, dass nach Bodenarbeiten sowie Bauarbeiten im Bezirk, für die taktile Leitsysteme abzutragen sind, zu Schaden kommen oder in anderer Weise in ihrer Funktion beeinträchtigt werden, wie zum Beispiel auf der Mariahilfer Straße auf der Höhe 10-18 oder auf dem Platz der Menschenrechte neben dem U-Bahn-Ausgang Burggasse, diese unmittelbar nach Abschluss der Arbeiten wieder instandgesetzt werden.

Begründung:

Taktile Leitsysteme sind wichtig, damit sich insbesondere Personen mit Sehbehinderungen und blinde Personen im öffentlichen Raum eigenständig orientieren und gefahrlos bewegen können. Es ist daher essentiell, durch bauliche Arbeiten entstandene Mängel taktiler Leitsysteme – wie an den genannten Beispielen und Bildern aufgezeigt – ehestmöglich wieder zu beheben.

KLUB DER ÖVP BEZIRKSFRÄUEN UND BEZIRKSFRÄHE NEUBAU

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **14.12.2023** folgenden

Resolutionsantrag

Solidarität mit der israelischen Bevölkerung

Die Bezirksvertretung Neubau spricht ihre Solidarität mit der israelischen Bevölkerung im Kampf gegen den Terror der Hamas aus und anerkennt Israels Recht sich, in Übereinstimmung mit internationalem Recht, selbst zu verteidigen.

Begründung:

Am 7. Oktober 2023 sind bei einem Großangriff der Hamas auf Israel über 1.200 Menschen getötet worden, darunter überwiegend Zivilistinnen und Zivilisten, vier davon österreichisch-israelische Doppelstaatsbürger. Der Angriff der Hamas erfolgte teils auf brutalste Weise: Frauen wurden vergewaltigt und verbrannt, Kinder enthauptet, Soldaten hingerichtet. Über 200 Geiseln wurden von den Hamas verschleppt, viele davon befinden sich immer noch in Geiselhaft. Der Terrorangriff der Hamas zählt somit zu den größten Verbrechen an Jüdinnen und Juden seit dem zweiten Weltkrieg.

Der brutale Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel ist auf das Schärfste zu verurteilen. Unsere Demokratie muss wehrhaft sein und ist aufgrund ihrer Geschichte besonders in der Verantwortung, mit Israel im Kampf gegen den Terror Seite an Seite zu stehen. Unser Mitgefühl gilt in diesen schweren Stunden den Opfern und deren Familien.

Wir betonen nachdrücklich, dass Israel das Recht hat, sich im Einklang mit dem Völkerrecht und dem humanitären Völkerrecht gegen solche gewalttätigen und willkürlichen Angriffe zu verteidigen.

Insbesondere in Zeiten des wachsenden Antisemitismus ist es daher unsere Pflicht, uns solidarisch mit der israelischen Bevölkerung zu zeigen und somit ein Zeichen gegen antisemitischen Terror zu setzen. Denn „nie wieder“ ist jetzt!



Die neue
Volkspartei
Neubau

neos

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen der GRÜNEN, ÖVP und NEOS in der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 15.12.2020 gemäß § 104 WStv folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, am Urban-Loritz-Platz zwischen den Richtungsfahrbahnen des Neubaugürtels („Gürtelmittelzone“) sowohl stadteinwärts als auch stadtauswärts geeignete Radverkehrsanlagen im Bereich der derzeit 6 Fahrstreifen für den Individualverkehr zu errichten, um die ost-west Hauptradroute Westbahnstraße – Hütteldorfer Straße attraktiver und vor allem sicherer zu machen.

Begründung:

Im Sinne der Ziele der Stadt Wien zur Steigerung des Radverkehrsanteils am Modal Split ist es angebracht, den für Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stehenden Platz neu zu verteilen und vor allem auf Hauptradrouten dem Radverkehr dementsprechend mehr Platz einzuräumen.

Auch der von Norden und Süden kommende und einbiegende Radverkehr am Gürtelradweg profitiert von dieser aufgewerteten Gürtelquerung.

Im Endbericht der Studie „Erstellung einer Prioritätenliste baulicher Radverkehrsmaßnahmen für Wien“ der TU-Wien ist der im Antrag beschriebene Teil in der Maßnahmenliste mit Priorität 11-15 explizit enthalten.

Umsetzung Projekt Rote Box am Neubau

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen, NEOS und LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.03.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaál und den amtsführenden Stadtrat für Gesundheit, Soziales und Sport Peter Hacker, werden ersucht nach äußerst positiver Evaluierung des Pilotprojekts Rote Box zur Bekämpfung von Periodenarmut dieses auch am Neubau gemeinsam mit dem Bezirk umzusetzen.

Begründung

Menstruations-Gesundheit bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, sondern ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens. Dies inkludiert ebenfalls den Zugang zu und die Leistbarkeit von Monatshygieneprodukten, die für viele Frauen und Menschen, die menstruieren eine finanzielle Belastung darstellen.

Frauen und Menschen mit Uterus entstehen Kosten in der Höhe von durchschnittlich 72€ pro Jahr. Viele von Armut betroffene Frauen und Mädchen können sich Menstruationsartikel nicht leisten und müssen mit Klopapier oder Stoffresten improvisieren. Dies kann zu erheblichen Gesundheitsrisiken führen, da dadurch Infektionen entstehen können, aber es kann auch das sogenannte „Toxische Schocksyndrom“ auftreten. Die Scham über den fehlenden Zugang zu Tampons und Binden sowie die Schwierigkeit über die tabuisierten Themen Menstruation und Armut zu sprechen, können zu Stress und Ängstlichkeit führen. Mangelnden Zugang zu Menstruationsartikeln dürfen zu keinem Hindernis werden, am sozialen Leben teilzunehmen oder zur Schule zu gehen.

Die Grünen Wien haben mit ihrem Antrag zur Implementierung eines Projekts zur Bekämpfung von Periodenarmut 2020 den Stein ins Laufen gebracht: Die SPÖ, die den Antrag im zuständigen Ausschuss monatelang liegen ließ, startete im Herbst 2021 später das Pilotprojekt Rote Box in der Brigittenau, wo armutsgefährdeten Frauen und Mädchen der freie Zugang zu Monatshygieneartikeln, wie Binden und Tampons, gewährleistet wurde.

Die Evaluierung zeigt nun: Das Projekt kam sehr gut an und die Nachfrage übertraf die Erwartungen. Es zeigt, dass Periodenarmut für viele Frauen und Mädchen ein großes Thema ist: Für 60% sind Menstruationsartikel eine finanzielle Belastung. Es gibt den Wunsch nach einer größeren Auswahl, wie auch nachhaltigere Artikel wie Menstruationstassen und Periodenslips, sowie nach einem niederschwelligeren Zugang (17%). Anschließend an das positive Feedback und an die hohe Nachfrage soll das Projekt weitergeführt und auf andere Bezirke auszurollt werden. Seit der Evaluierung haben die Preise weiter angezogen was viele Menschen, die ohnehin schon finanziell mit dem Rücken zur Wand stehen, weiter in die Bredouille bringt. Periodenarmut ist folglich ein Thema, das in den kommenden Monaten noch weiter zunehmen wird. Auch unter diesem Aspekt ist das Ausrollen des Projekts Rote Box auf andere Bezirke dringend notwendig.

Erinnerungstafel Karoline Pichler

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Neubauer Grünen und ÖVP Neubau stellen gemeinsam gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am 23.03.2023 folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden im Zusammenwirken mit der Kulturkommission ersucht, zur Erinnerung an den ersten literarischen Salon Neubaus für Karoline Pichler eine Erinnerungstafel am Haus in der Burggasse 27/ Sigmundsgasse 16 in Neubau anzubringen.

Begründung

Karoline Pichler (geboren am 7. September 1769 in Wien, gestorben 9. Juli 1843 ebenda) war eine österreichische Schriftstellerin, Lyrikerin, Kritikerin und die erste Salonière in Wien-Neubau.

Ihre Eltern betrieben zu dieser Zeit bereits in der Inneren Stadt einen Salon, der während der Josephinischen Zeit zu einem Zentrum des geistigen Lebens der Stadt avancierte. Hier erfolgte Karoline Pichlers ästhetische Bildung: Sie lernte mehrere Sprachen und erhielt Klavier- und Gesangsunterricht. Literarisch beeinflussten besonders die Werke Miltons, Geßners und Klopstocks, aber auch jene der Wiener Autoren Johann Baptist Alxinger, Lorenz Leopold Haschka und Gottlieb Léon das junge Mädchen. Schon früh begann sie selbst zu dichten: Ihr erstes Gedicht wurde 1782 im „Wiener Musenalmanach“ publiziert. Ihre erste größere Veröffentlichung („Gleichnisse“, 1800) erschien auf Anraten ihres Ehemannes, des Regierungsrats Andreas Pichler, den sie 1796 geheiratet hatte, im Verlag ihres Schwagers, des Wiener Buchdruckers Anton Pichler. Hier wurden auch zahlreiche weitere Werke Karoline Pichlers gedruckt.

In dieser Zeit (1799-1804) besaß sie das Haus „Zum Schwarzwälder Bauern“ (7, Burggasse 27, Sigmundsgasse 16). Gemeinsam mit Ihrer Mutter, einer Kammerzofe und Vorleserin bei Kaiserin Maria Theresia, gründete sie an dieser Adresse Neubaus ersten literarischen Salon. Hier lud sie intellektuell Interessierte und Gebildete zum gegenseitigen Austausch und Vortragen der Werke ein. Überdies empfing sie zahlreiche Schriftsteller:innen, wie Joseph Freiherr von Hormayr, Joseph von Hammer-Purgstall, Nikolaus Lenau oder Theresa von Artner. Auch ihre Einladungen zu Konzerten von Musiker:innen erfreuten sich großer Beliebtheit, allen voran trat etwa der

berühmte Komponist Franz Schubert vor ihren Gästen auf und spielte seine Lieder auf einem Hammerklavier. An diesem Haus soll nun zu Ihrem Gedenken eine Erinnerungstafel angebracht werden.

Nach 1804 übersiedelte Pichler mit ihrer Familie – die gemeinsame Tochter Karoline, das einzige Kind des Paares, war 1797 geboren worden – wieder in das Elternhaus, wo sie in der Tradition ihrer Eltern einen Kreis Gleichgesinnter um sich versammelte. Dieser repräsentierte die geistige Elite des Bürgertums der damaligen Zeit: Zu den Gästen zählten Nikolaus Lenau, Dorothea und Friedrich Schlegel, Joseph von Hammer-Purgstall, Friedrich Nicolai, Franz Grillparzer oder Joseph von Hormayr, dem auch Pichlers Interesse an historischen Stoffen zu verdanken ist. Ihr Salon war so berühmt und für die Stadt so charakteristisch, dass Pichler weit über Österreichs Grenzen hinaus bekannt wurde. Oft war sie aber auch selbst zu Gast im Salon Sonnleithner, der Familie von Grillparzers Mutter: Im ehemaligen Gundelhof verkehrte neben Franz Grillparzer auch Nestroy. 1816 erbte sie von ihrer Mutter das Haus 8, Alser Straße 25, das 1856 Johann Oppolzer besitzen sollte, sowie Häuser im heutigen 8. Bezirk in der Laudongasse 18 (Pichlergasse) und im 1. Bezirk (Tiefer Graben 10).

Sie widmete sich nun immer eifriger dem literarischen Schaffen, sodass ihre noch zu Lebzeiten erschienenen „Sämtlichen Werke“ (1820 bis 1844 im Verlag Anton Pichler) nicht weniger als sechzig Bände umfassten. Zu nennen wären der romantisch-religiöse, von Goethe geschätzte Briefroman „Agathokles“ (1808), der bereits in die Richtung des historischen Romans weist – eines Genres, das in der letzten Schaffensperiode Pichlers bestimmend werden sollte. Weiters schuf Pichler Dramen („Heinrich von Hohenstaufen“, 1813) sowie Balladen im Stil Bürgers, Herders und Schillers. Viele ihrer Werke erschienen in Almanachen und Taschenbüchern – für die Biedermeierzeit charakteristische Publikationsformen.

Nach dem Tode ihres Mannes 1837 zog sich Karoline Pichler mehr und mehr aus dem öffentlichen Leben zurück und widmete sich ihren Enkelkindern. Sie starb 1843. In ihrem vielleicht bekanntesten Werk, der vierbändigen, posthum erschienenen Autobiografie mit dem Titel „Denkwürdigkeiten aus meinem Leben“ (1844, vier Bände; Neuauflage 1914 in zwei Bänden), entwarf sie ein lebendiges Bild des Wiener Kulturlebens ihrer Zeit.

Benennung Mizzi-Langer-Kauba-Park

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen und ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.03.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die derzeit unbenannten Parkflächen am Urban-Loritz-Platz 1-8 in „Mizzi-Langer-Kauba-Park“ zu benennen.

Begründung

Mizzi Langer-Kauba (* 12. September 1872 in Wien; † 5. November 1955 ebenda) war eine österreichische Schifahrerin, Alpinistin und Geschäftsfrau. Marie Langer, später meist Mizzi genannt, war eine der ersten Alpinistinnen Österreichs. Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts organisierte sie gemeinsam mit einer Gruppe von Bergsteigern in einem ehemaligen Steinbruch von Wien-Rodaun wettkampfähnliche Besteigungen. Die am Südhang des Zugbergs gelegene Kletterwand wurde bald als „Mizzi-Langer-Wand“ bekannt. Gleichzeitig war sie eine hervorragende Schifahrerin und nahm als einzige Frau bei Rennen des sich um die Jahrhundertwende entwickelnden alpinen Skisports teil. So war sie u.a. die einzige weibliche Teilnehmerin des ersten Schirennens (Slalom) 1905 in Lilienfeld.

Mit Neubau ist ihr Name insofern verbunden, als sie die Inhaberin des 1896 gegründeten und damit ältesten Sportartikelgeschäftes in Wien war, das 1907 in die Kaiserstraße übersiedelte und jahrzehntelang zu den führenden Häusern für alpine Sportausrüstung gehörte. Das gut erhaltene Gründerzeithaus, das sogenannte Mizzi Langer-Kauba-Haus in der Kaiserstraße 15, erinnert noch heute an die vielseitige Pionierin. Bis heute ist mit dem „Bergfuchs“ ein großes und erfolgreiches Bergsportfachgeschäft in diesem Haus beheimatet.

Mit dem „Mizzi-Langer-Kauba-Park“ ehrt der Bezirk eine Pionierin aus Sport und Wirtschaft. Den unterzeichnenden Bezirksrät:innen ist es ein großes Anliegen und ein wichtiger Beitrag zur Erinnerungskultur im öffentlichen Raum in Form der personenbezogenen Erinnerung von Frauen.

Mauersegler-Nistkästen an öffentlichen Gebäuden

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen und ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.03.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen werden ersucht, an den öffentlichen Gebäuden in Neubau passende Stellen für das Anbringen von Mauersegler-Nistkästen und die entsprechenden Kosten zu eruieren.

Begründung

Mauersegler zählen zu den geschützten Arten. Im Sommer kommen sie nach Wien und ziehen hier ihre Jungen auf, ehe sie weiter in den Süden ziehen. Giebel und Mauernischen sind dabei für sie wichtige Orte zum Nisten. Zunehmende Dachausbauten und Neubauten führen zum Verlust ihrer Nistplätze und Brutmöglichkeiten.

Um den Bestand der Mauersegler zu erhalten hat der Bezirk Neubau bereits tatkräftig Initiative ergriffen. So wurden gemeinsam mit der MA22 Nistkästen an der Feuerschutzmauer in der Burggasse 84 angebracht, von der auch ein beeindruckendes großes Mauersegler-Mural prangt. Außerdem wird beim jährlichen „Mauersegler-Fest“ Bewusstsein für diese Vögel und andere tierische Bezirksbewohner geschaffen. Um den Beitrag zum Schutz der Mauersegler in Neubau noch weiter auszubauen und ein inspirierendes Beispiel für private Hauseigentümer:innen zu geben, sollen weitere geeignete Brutplätze an den öffentlichen Gebäuden im Bezirk zur Verfügung gestellt werden.

Lebensraum urbaner Totholzgarten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen und ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.03.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen mögen ein Konzept für das Anlegen von urbanen Totholzgärten im öffentlichen Raum mit dazu passender Informationsvermittlung im urbanen Raum entwickeln und geeignete Orte in Neubau für solche Anlagen ermitteln.

Begründung

Städte haben eine große Verantwortung beim Erhalt der Artenvielfalt. Dabei gilt es, alle Möglichkeiten auszuloten und zu nutzen, um Biodiversität zu fördern und Lebensräume für Säugetiere, Vögel und Insekten zu erhalten oder neu zu schaffen. Ein solcher wichtiger Lebensraum sind Bäume – einer der Gründe, weshalb der Bezirk Neubau dem bestehenden Baumbestand und Neupflanzungen besondere Priorität einräumt. Doch auch aus dem Holz, das in der Baumpflege anfällt, soll hinkünftig weiter als Lebensraum erhalten bleiben!

Bäume müssen ausgeästet, manche nach sorgfältiger Prüfung auch gefällt werden. Oft sind vor allem abgestorbene Äste und Bäume von solchen Maßnahmen betroffen. Hier ließe sich schnell eine wirkungsvolle Maßnahme umsetzen, die in Wäldern bereits gängige Praxis ist und dort auch bereits von der Stadt Wien erfolgt: Sogenanntes Totholz wird nicht abtransportiert, sondern abgelegt, um natürliche Heimat für verschiedenste Tiere und Insekten zu bleiben und zu werden. Dies kann auch außerhalb von Wäldern ganz einfach in Parks und anderen öffentlichen urbanen Grünflächen erfolgen. Die Anordnung des Totholzes kann kreativ auf verschiedenste Weise erfolgen und in das Bild der örtlichen Gegebenheiten gepasst werden, wie man etwa am Vorbild der Stadt Trier sehen kann. Abgefallenes Totholz (z.B. Astware) wurde dort vor Ort aufgeschichtet und eingezäunt.

Urbane Totholzgärten sind wichtige Bausteine für den Erhalt der Biodiversität und können in besonderem Maße dazu beitragen, die Bevölkerung auf diesen wichtigen Lebensraum hinzuweisen. Ein Totholzgarten ist auch ein sehr leicht umsetzbares Projekt in privaten Gärten

oder auch in Schulgärten. In einem öffentlichen Totholzgarten könnten sich Interessierte Anregungen holen und sich mit Fachwissen versorgen.



Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 23.03.2023 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht Möglichkeiten zu prüfen, um Neubauer Hausverwaltungen, beziehungsweise Liegenschaftseigentümer*innen, über das Angebot zur Aufstellung von gelben Tonnen und Biotonnen in liegenschaftseigenen Haus- bzw. Hofbereichen zu informieren.

Weiters bitten wir um Prüfung, ob die gelben Tonnen im öffentlichen Raum umversperrt zur Aufstellung gelangen könnten.

Begründung

Erfreulicherweise werden die Sammelabfallbehälter der Stadt Wien sehr gut genutzt. Sie werden mehrfach die Woche geleert und sind trotzdem regelmäßig überfüllt. Es wäre wünschenswert, dass vermehrt gelbe Tonnen und Biotonnen in den liegenschaftseigenen Hausbereichen zur Aufstellung kommen. Das wäre für die Menschen eine Erleichterung bei der Abfallentsorgung und eine Entlastung der entsprechenden Müllsammelbehältnisse im öffentlichen Raum.

Die runden Einwurföffnungen sind bei der gelben Tonne manchmal ein Erschwernis für den Einwurf von dem in Sackerl gepackten Abfall.

KLUB DER ÖVP BEZIRKSRÄTINNEN UND BEZIRKSRÄTE NEUBAU

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **23.03.2023** folgenden

ANTRAG

WasteWatcher

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 48) im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, die Schwerpunkte der WasteWatcher für Neubau zu präsentieren.

Begründung

Die WasteWatcher wurden im Jahr 2008 gegründet, um die Verschmutzung im öffentlichen Raum zu reduzieren. Im Rahmen einer Sitzung des Umweltausschusses sollen Vertreter der WasteWatcher über die geleistete Arbeit bzw. ihre zukünftigen Schwerpunkte für Neubau berichten. Gleichzeitig wird den Fraktionen die Möglichkeit geboten, im Dialog mit den WasteWatchern die Wünsche der Anrainer/innen zu deponieren.

Antrag betreffend Radfahrsicherheit in der Kaiserstraße

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 23.03.2023 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, die Kaiserstraße im Bereich zwischen Westbahnstraße und Lerchenfelder Straße auf grobe Fahrbahnunebenheiten zu prüfen und Schäden dieser Art zu beheben, damit die Sicherheit vor allem für Fahrradfahrer:innen auf diesem Streckenabschnitt erhöht wird.

Begründung:

Die Pflasterplatten in der Kaiserstraße im Bereich zwischen Westbahnstraße und Lerchenfelder Straße stellen für Radfahrer:innen in beiden Richtungen eine Herausforderung dar: Immer wieder führen Unebenheiten und grobe Höhen- und Breitenabstände zwischen benachbarten Platten dazu, dass das Befahren mit dem Fahrrad nicht nur unangenehm, sondern vor allem unsicher ist, da die Unebenheit der Platten die Sturzgefahr erhöht. Auch sind die Miniabschnitte kleiner Pflastersteine, die im Abschnitt zwischen Kandlgasse und Burggasse im Randbereich zwischendurch verlegt sind, nicht förderlich für die Fahrsicherheit. Es wäre daher sehr wünschenswert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Stolperfallen zu beseitigen und Fahrgefühl und -sicherheit in der Kaiserstraße zu erhöhen.